

Peter Th. Walther

Zur Zuwahlpraxis neuer Akademiemitglieder

Die wenigen aktiven in Berlin verbliebenen Mitglieder der Preußischen Akademie der Wissenschaften, die sich im Sommer 1945 zusammenfanden, bildeten einen kleinen exklusiven Klub, der angesichts der politischen Lage in Berlin und Deutschland anfangs nicht einmal wußte, ob er als „privilegierte Corporation“ überhaupt weiterbestehen würde. Die Akademie entwickelte sich von diesem Klub, der keinen störte, zum Zentrum der Wissenschaftsorganisation der DDR, unter einem Briefkopf, der eine Vielzahl von Forschungsinstituten, einige forschungsplanende Institutionen und auch die Sozietät der Gelehrten umfaßte. Als Gelehrtensozietät war die Akademie besonders im ersten Jahrzehnt nach 1945 darauf angewiesen, sich durch Zuwahlen zu erneuern und erweitern, um als Gemeinschaft weiter existieren zu können. Denn die Mehrzahl der Akademiemitglieder hatte in den letzten Kriegsjahren die deutsche Hauptstadt verlassen, und kaum einer von diesen kehrte nach Berlin, sei es Ost oder West, zurück. Im Verlauf der Jahre veränderten sich jedoch im Zusammenspiel zwischen der Gelehrtensozietät und der politischen Seite die Regeln und Praktiken der Zuwahl zur Akademie, die sich anhand von drei Komplexen analysieren lassen:

1. Wer war berechtigt, Kandidaten für die Zuwahl in die Akademie zu benennen?
2. Wer wählte? Und wie funktionierte das Wahlverfahren?
3. Gab es zusätzliche, in den Satzungen nicht vorgesehene Beteiligte am Wahlverfahren?
Es geht hier also um die Praxis der Zuwahlen, um die Spielregeln, die Routine, die unvorhergesehenen Chancen, aber auch die Störfälle in den Wahlverfahren der Akademie.¹

Die Akademie durchlebte vom Sommer 1945 bis zum Frühjahr 1946 zwar eine Zeit institutioneller, juristischer und finanzieller Unsicherheit, war allerdings zum ersten Mal seit ihrem Bestehen autonom in der Zuwahl ihrer Mitglieder. Es gab kein Ministerium mehr wie zuletzt das Reichserziehungsministerium, das die Zuwahl neuer Mitglieder in die Akademie bestätigen oder verweigern konnte.² Denn die Akademie unterstand, wie sie im Juni/ Juli 1945 erfuhr, dem Magistrat von Berlin. Die Verlagerung und Auflösung der Reichs-

¹ Vgl. für die folgende Darstellung, wenn nicht anders angegeben die entsprechenden Sitzungsprotokolle der DAW in: AAW Berlin, P 1/2 bis P 1/4.

² Vgl. das Resümee von Jürgen Kocka, Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther in diesem Band.

ministerialverwaltungen und das Inkrafttreten alliierter Bestimmungen, die zur Bildung neuer Behörden führte, hatten zur Folge, daß die Abteilung Volksbildung des Magistrats der Stadt Berlin, eine kommunale Institution, zur vorgesetzten Behörde der Akademie avancierte. Die Beziehungen zwischen Magistrat und Akademie waren jedoch von Anfang an gespannt: die Akademie, die in den letzten Jahren faktisch zu einer reichsweiten Akademie geworden war, wollte nicht zu einer kommunalen Einrichtung degradiert werden, während die Stadt aus bis heute ungeklärten Gründen nicht gewillt war, die Autonomie der Akademie als Körperschaft öffentlichen Rechts zu bestätigen. Die Akademie, besser Rumpfakademie, denn lediglich gut 15 von satzungsgemäß 76 möglichen Mitgliedern waren in Berlin aktiv, trennte sich bereits im Juni 1945 von der 1939 verabschiedeten Satzung mit ihren nazistischen und rassistischen Komponenten. Sie trennte sich auch in mehreren Verfahren von 15 ihrer Ordentlichen Mitglieder, die bis 1945 allzu politisch aktiv waren.³ Die Kriterien für die Streichung von der Mitgliederliste sind nicht überliefert und wirken heutzutage irritierend inkonsequent. Entscheidend war, daß die Akademie in eigener Initiative und nach eigenen Kriterien ihre Entnazifizierung betrieb und sich damit den amtlichen Richtlinien der Alliierten und der Stadt Berlin weitgehend entziehen konnte. Entsprechend ihrer neuen Satzung vom Juni 1945 teilte die Akademie dem Magistrat lediglich mit, wer in die Akademie aufgenommen worden war – ohne dem Magistrat ein Bestätigungsrecht einzuräumen. Der Magistrat hatte damals andere Sorgen als die Statuten der Akademie und ließ sie wissen, daß das Juni-Statut vorläufig gelten könne. Dementsprechend verfuhr die Akademie, indem sie Ende Januar 1946 beschloß, zwei 1933 bzw. 1938 gewählte, aber von Reichsminister Rust nicht bestätigte Ordentliche Mitglieder – den Physikochemiker Max Volmer und den Volkskundler Adolf Spamer – seit dem Tag ihrer Wahl, also rückwirkend seit 1934 bzw. 1938, als Ordentliche Mitglieder zu führen. Da Einigkeit darüber herrschte, vorrangig Wissenschaftler in die Akademie aufzunehmen, deren Zuwahl nach 1933 „aus konfessionellen, rassistischen oder politischen Gründen“ gescheitert sei, wurden im Februar 1946 aus dieser Kategorie zwei weitere Ordentliche Mitglieder in die Akademie aufgenommen, der Astrophysiker Hans Kienle und der Pharmakologe Wolfgang Heubner. Hinzu kam der jüngst nach Berlin berufene Jurist Heinrich Mitteis, so daß die Akademie wieder einen Justitiar in ihren Reihen vorweisen konnte. Mitteis hatte 1934 Heidelberg verlassen und einen Ruf nach Wien angenommen, was auch politische Gründe hatte. Von dort wurde er 1940 nach Rostock, der damals wohl neben Gießen rangniedrigsten deutschen Universität, strafversetzt; er konnte also durchaus auch als Geschädigter

³ So trennte man sich von dem 1943 zurückgetretenen Präsidenten Theodor Vahlen, den man zudem irrtümlich für tot hielt, und dem Sekretar der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, Ludwig Bieberbach, während Hermann Grapow, amtierender Präsident und Vizepräsident der Akademie sowie amtierender Rektor und Dekan der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, bis zu seinem Tode 1967 Akademiemitglied blieb. Wahrscheinlich galt für ihn und einige andere vom Januar bis Juni 1946 eine Art *ruhende Mitgliedschaft*, die die Akademieleitung auf Drängen des Magistrats implementierte. Vgl. zum Ausschluß einiger belasteter Akademiemitglieder auch das Resümee von Jürgen Kocka, Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, Teil A und B I 1, in diesem Band.

des Nationalsozialismus gelten. Damit erwies sich die Akademie wohl neben der Universität Leipzig und der 1948 gegründeten Freien Universität Berlin als eine der wenigen Institutionen Deutschlands, die sich gezielt um die Rückkehr und Integration von emigrierten und verfolgten Wissenschaftlern bemühte.⁴

In all diesen Fällen wurde der Wahlantrag zuerst in der Klasse vorgetragen und mitunter diskutiert, später – in der Regel nach zwei Wochen – darüber abgestimmt, danach dem Plenum zusammen mit dem Wahlergebnis der Klasse vorgelegt. Schließlich stimmte das Plenum über den Wahlantrag ab. Sofern das notwendige Quorum erreicht wurde, war die Mitgliedschaft erworben.

Doch Mitte 1946 änderten sich die Rahmenbedingungen für die Akademie: die Institution wurde durch einen Befehl der SMAD juristisch und finanziell abgesichert, die *Zentralverwaltung für Volksbildung für die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands* löste den Magistrat von Berlin als vorgesetzte Behörde ab. Die Akademie unterstand also wieder einer Behörde mit Ministerialgewalt und -prestige. Zu den Zugeständnissen, die die Akademie im Herbst 1946 in der neuen Satzung einging, zählte auch ein Punkt mit Langzeitwirkung: nämlich das Recht der Zentralverwaltung und ihrer Nachfolgerinnen, gewählte Mitglieder zu bestätigen – oder eben nicht.

Im Herbst 1946 fand die erste Wahl nach den neuen Satzungen statt: die Akademie wählte fünf Berliner Gelehrte – den Botaniker Kurt Noack, den Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Zellphysiologie Otto Warburg, den Juristen Eduard Kohlrausch, den Ethnologen Richard Thurnwald und den Direktor der Antikenabteilung der „ehemaligen Staatlichen Museen in Berlin“ Carl Weickert sowie den Leipziger Germanisten Theodor Frings zu Ordentlichen Mitgliedern. Der Präsident der Zentralverwaltung für Volksbildung Paul Wandel, ein aus dem Moskauer Exil zurückgekehrter Funktionär der KPD, bestätigte die Gewählten. 1947 folgten zwei Berliner Wissenschaftler, der Direktor des (Kaiser-Wilhelm-)Instituts für Physikalische Chemie Karl Friedrich Bonhoeffer und der Agrarwissenschaftler Eilhard Mitscherlich sowie der Baseler Romanist Walther von Wartburg, letzterer allerdings *pro forma* als Korrespondierendes Mitglied, jedoch mit der in der Satzung nicht vorgesehenen Modifikation, daß ihm die Rechte und Pflichten eines Ordentlichen Mitgliedes während seiner Anwesenheit als Gastprofessor an der Universität bzw. Institutsleiter in Berlin zustünden.⁵ Die spärlichen Zuwahlen waren äußerst Berlinlastig, und der seit 1946 in die Satzung aufgenommene Anspruch der Akademie, eine gesamtdeutsche zu sein, wurde durch die Zuwahlpraxis in diesen Jahren nicht eingelöst. Zwar lebte etwa die Hälfte der Mitglieder außerhalb Berlins, darunter nahezu alle Mitglieder der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse. Aber diese Mitglieder, darunter fast das gesamte Korps der Kaiser-Wilhelms-Instituts-Direktoren, nahmen nur in Ausnahmefällen an der Arbeit der Berliner Akademie teil; sie waren oder wurden faktisch *Karteileichen*.

⁴ Siehe dazu Tent, *Freie Universität*, besonders Kapitel 3, sowie das von Monika Richarz, Berlin, geplante Projekt über jüdische akademische Remigranten an der Freien Universität Berlin.

⁵ Vgl. dazu Storost, *Romanistik an der Akademie*.



Am Abend des 12. Juli 1950 erfolgte anlässlich der 250-Jahrfeier der Akademie die Umbenennung des Gendarmenmarktes in Platz der Akademie, u. l. n. r.: Josef Naas, Johannes Stroux; ganz rechts: Otto Grotewohl

1948 bestand die Akademie, also das Plenum der Ordentlichen Mitglieder, günstigenfalls aus 15 Aktivisten, bei einer nominellen Mitgliederzahl von 60 (reduziert von 1939 noch 76).

Der Akademie war in den nächsten Jahren keine ruhige Entwicklung gegönnt: denn die Übertragung neuer Funktionen auf die Akademie, die Erhöhung der Anzahl der Aktivisten und die Berliner Zuspitzungen im Kalten Krieg fanden 1948/49 nahezu gleichzeitig statt. Letzte Stufe der administrativen und politischen Teilung der Stadt war im Herbst 1948 die Übersiedlung des Magistrats aus dem Sowjetischen in den Britischen Sektor, bevor er sich im Rathaus Schöneberg niederließ, und im Dezember die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung, die nur in den drei Westsektoren stattfinden konnte. Die SMAD untersagte diese Wahl in ihrem Sektor und ernannte statt dessen einen *demokratischen Magistrat von Groß-Berlin*. Trotz der Spaltung der Stadt versuchte die Akademieleitung, sich als gesamtdeutsche Institution zu profilieren und neue Mitglieder aus beiden Teilen der Stadt und auch aus den Besatzungszonen zuzuwählen. Diesmal hatte die Akademieleitung die Kandidaten mit Paul Wandel vorher abgesprochen. Die Akademieleitung legte vor der Wahl ihre Kandidatenliste vor, die Wandel kommentierte und schließlich im großen und ganzen billigte; lediglich in einigen Fällen bat er um Rückstellung. Als Gründe gab er das zu hohe Alter eines Kandidaten an oder die Rücksichtnahme auf ein schwebendes Berufungsverfahren, das die Akademie vielleicht veranlassen könnte, diesem neuen Mann den Vorzug zu geben. Gewählt wurden im Februar 1949 schließlich 17 neue Mitglieder, von denen Wandel im März 16 bestätigte. Sieben davon waren an der Humboldt-Universität zu Berlin



Fackelzug zur 250-Jahrfeier der Akademie, 12. Juli 1950

tätig: der Meteorologe und spätere Vizepräsident der Akademie Hans Ertel, der medizinische Physiker und künftige Akademiepräsident Walter Friedrich, der Physikochemiker Karl Lohmann, der Ernährungsphysiologe Ernst Mangold, der aus der Emigration zurückgekehrte Jurist und Mitbegründer der Schweizer kommunistischen Partei der Arbeit Arthur Baumgarten und der Vor- und Frühgeschichtler Wilhelm Unverzagt. Unverzagt war schon 1939 gewählt, aber vom Reichserziehungsminister nicht bestätigt worden; da er danach der NSDAP beigetreten war, mußte er nun erst entnazifiziert werden, um wieder zur Wahl nominiert zu werden. Er konnte nicht wie Volmer und Spamer per Akademiebeschluß von 1946 rückwirkend als Mitglied gelten. Hinzu kam der 1933 entlassene Direktor der Nationalgalerie, und nunmehrige (seit 1946) Generaldirektor der „ehemaligen staatlichen Museen in Berlin“ Ludwig Justi. Zwei neue Mitglieder waren Professoren an der Technischen Hochschule Dresden – die beiden Elektrotechniker Georg Barkhausen und Ludwig Binder –, je einer an den Universitäten Jena (der Physiker Friedrich Hund), Greifswald (der Physiker Rudolf Seeliger), Halle/Saale (der Genetiker Hans Stubbe, der sein Kaiser-Wilhelm-Institut für Kulturpflanzenforschung aus Niederösterreich nach Gatersleben verlagert hatte und es dort als Akademieinstitut weiterführte), Leipzig (der Jurist Otto de Boor), Rostock (der Althistoriker Ernst Hohl), Marburg (der Kunsthistoriker Richard Hamann, der eine Gastprofessur an der Humboldt-Universität zu Berlin übernahm) – und München (der Nestor der Romanistik in Deutschland, Karl Vossler, der allerdings schon nach wenigen Wochen verstarb). Nicht bestätigt wurde ein Professor der Technischen Universität Berlin, Jean d’Ans, der Präsident Stroux darum gebeten hatte, „den Vollzug meines

Beitritts zur Akademie ruhen zu lassen, bis die scheinbar zur Zeit besonders erregte politische Atmosphäre sich wieder etwas normalisiert hat“. Im Gegensatz zu seinem Kollegen Heinrich Franck, Mitglied der SED und des Kulturbundes, der 1950 an die Humboldt-Universität wechselte und Akademiemitglied wurde, blieb d’Ans sowohl in West-Berlin als auch an der TU Berlin und außerhalb der Akademie. Die Akademie hatte im Vorfeld allerdings darauf verzichtet, unsichere Kandidaten, d. h. solche, denen man zutraute, sich der im Dezember 1948 gegründeten „sogenannten Freien Universität“ in Berlin-Dahlem anzuschließen, überhaupt zu nominieren.

So fand seit 1949 vor den Wahlen in den Klassen und im Plenum der Akademie eine Absprache von Vertretern der Akademie mit Repräsentanten staatlicher Institutionen oder des Parteiapparats statt, um in der Akademie eine unumstrittene Kandidatenliste vorzulegen. Das Wahlergebnis war also von vornherein abgesprochen, der Grad der Zustimmung im Plenum war aber nach wie vor Indikator für den *Reputationswert* des Wissenschaftlers in der Akademie. Die Bestätigung der Wahl durch die vorgesetzte Behörde schrieb lediglich die Übereinkunft der Vorabsprache fest. Das ganze ähnelte daher eher einem abgesprochenen Verfahren als einer freien und autonomen Kooptation neuer Mitglieder durch Zuwahl. Dieses Verfahren verlagerte mögliche Konflikte der Kandidatennominierung in die Absprachen vor der Wahl und bemühte sich ansonsten um das Bild einer harmonischen Zusammenarbeit zwischen Akademie und vorgesetzter Institution.

Die *Kulturverordnung* vom März 1949 wies der Akademie eine zentrale Rolle im Wissenschaftssystem der SBZ zu, erhöhte ihre Mitgliederzahl auf 120 und band ihre Mitglieder und führenden Mitarbeiter durch ein Füllhorn von Privilegien an die Institution. Als Zentrum der Wissenschaftsorganisation der SBZ/DDR mit dem Anspruch auf gesamtdeutsche Ausstrahlung sollte sich die Akademie jetzt auch den bisher nicht ebenbürtigen praktischen Disziplinen öffnen und war daher gehalten, auch in verstärktem Masse Agrarwissenschaftler, Techniker und Mediziner aufzunehmen. Die Absprachen mit Wandel über die Vorbereitung der Juliwahlen 1949 fanden angesichts der zunehmenden politischen Konfrontation allerdings in gereizter Stimmung statt. Schließlich wurden nach mehreren Verhandlungsrunden 29 neue Ordentliche Mitglieder gewählt, davon drei aus Westdeutschland und vier von der Technischen Universität Berlin, die sich im britischen Sektor befand. Drei der TU-Professoren waren erst nachträglich kurz vor der Abstimmung im Plenum nominiert worden, also ohne Wandels Wissen und statutenwidrig ohne vorherige Wahl in der Klasse; doch bestätigte Wandel auch diese *Nachgemeldeten*. Allerdings traten sie in den nächsten drei Jahren – wie auch alle anderen Angehörigen der TU Berlin – aus der Akademie aus, folgten also faktisch dem Schritt ihres Kollegen d’Ans.

Obwohl die Anzahl aktiver Akademiemitglieder nach wie vor zwei Dutzend nicht überstieg, also das Potential der durch die Kulturverordnung bewilligten 120 Stellen bei weitem nicht ausgeschöpft war, nutzte die Akademie das 250jährige Jubiläum ihrer Gründung im Jahre 1950 nicht, um weitere Ordentliche Mitglieder zuzuwählen. Im Gegenteil, die Akademiemitglieder kamen überein, von Zuwahlen Ordentlicher Mitglieder völlig abzu-
sehen, um den befürchteten unausweichlichen politischen Spannungen aus dem Wege gehen zu können. Statt dessen wurden 28 Korrespondierende Mitglieder gewählt, sorgfältig

austariert zwischen Wissenschaftlern aus Ost und West und neutralen Staaten, darunter auch die beiden ehemaligen Berliner Joh(an)n von Neumann, der 1932 angesichts der Akademikerarbeitslosigkeit einen Ruf nach Princeton angenommen hatte, und Richard (Edler von) Mises, der als „Nichtarier“ 1933 von seinem Lehrstuhl verdrängt worden war und über Istanbul an die Harvard University gegangen war. Die Jubiläumsfeierlichkeiten waren als gesamtdeutsche und international repräsentative geplant, symbolisierten aber das Scheitern des Versuchs, in den politischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden deutschen Staaten neutral zu bleiben und sich gesamtdeutsch zu positionieren. Denn die West-Berliner und westdeutsche Politik organisierte einen Boykott des Ost-Berliner Jubiläums. Anlaß war ein im Dezember 1949 von Akademiepräsident Stroux an Stalin gesandtes Geburtstagstelegramm, das mit der Akademieleitung nicht abgesprochen war und zudem in einer peinlich sykophantischen Wortwahl formuliert war. Innerhalb der Akademie war Stroux deshalb zur Rede gestellt worden, und nur aus Rücksicht auf das Jubiläum, das man nicht durch einen Skandal belasten wollte, verzichtete die Akademie auf seine Abwahl. Wenige Tage vor dem Jubiläum erklärten mehrere in West-Berlin ansässige Ordentliche Mitglieder – darunter der Historiker Friedrich Meinecke, der als Gründungsrektor der Freien Universität Berlin ja bereits eine deutliche politische Position bezogen hatte – mediengerecht ihren Austritt aus der Akademie, der Boykott wurde im großen und ganzen befolgt, jedenfalls fand keine einzige Abordnung der westdeutschen Akademien oder der Max-Planck-Gesellschaft den Weg nach Berlin.⁶ Mises und Neumann erklärten sich außerstande, die Wahl anzunehmen, da sie politisch interpretiert werden könnte.

Nach dieser Niederlage der gesamtdeutschen Konzeption der Akademie war sie auf die DDR als einzig festen Bezugspunkt zurückgeworfen. Die Akademie stand aber nach wie vor vor dem Problem, weitere neue Mitglieder zu rekrutieren. Es war offensichtlich, daß aus dem Bestätigungsrecht der Zentralverwaltung – inzwischen des Ministeriums – für Volksbildung eine Mitsprachepraxis vor dem Wahlprozeß entstanden war, ein Prozeß, der angesichts der Machtverhältnisse nicht revidiert, aber vielleicht doch kanalisiert werden konnte. Es ging also darum, eine verbindliche und verlässliche Prozedur auszuarbeiten, denn bisher war ja immer wieder improvisiert worden. Da aber Improvisationen angesichts der Unberechenbarkeit des Partei- und Staatsapparats eher Gefahren zeitigten denn Chancen boten, bestand Bedarf nach einer verlässlichen Abspracheregung. Mit Wandel, dem offensichtlich der Umgang mit „bürgerlichen“ Wissenschaftlern schwer fiel, stimmte zudem die Chemie nicht, und die Akademie fühlte sich auch angesichts von angekündigten Haushaltskürzungen vernachlässigt. Bald nach der Gründung der DDR entfiel auch die Möglichkeit der Akademieleitung, in Karlshorst bei der SMAD bzw. der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) diskret vorzusprechen und anschließend Wandel von den Unterredungen mit den sowjetischen Offizieren zu berichten, was wohl in der Regel dazu geführt

⁶ Vgl. dazu das abschließende Resümee von Jürgen Kocka, Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, Teil B IV, in diesem Band.

hatte, daß sich die Akademie mit ihren Vorstellungen gegen Wandels Absichten durchsetzen konnte.⁷

Es galt also ein Verfahren zu finden, das den Selbstergänzungsvorgang der Akademie ebenso wenig in Frage stellte wie die Zustimmung des Ministeriums. Hinzu kam das Interesse der Akademie, sich so weit als irgend möglich aus den unberechenbaren politischen und administrativen Neuerungen in Partei und Staat herauszuhalten. Die Lösung lag in der direkten Unterstellung der Akademie unter den Ministerrat der DDR, also direkt unter die *Krone*. Während der Ministerpräsident oder einer seiner Stellvertreter die protokollarische Aufsicht übernahm, wurde die Kärnerarbeit der Personal- und Kaderpolitik der *Abteilung Wissenschaften* des ZK übertragen. Es gab damit zwischen der Akademie und dem zentralen Parteiapparat keine Zwischeninstanzen, die eigene Initiativen entwickeln oder bei politischen Richtungsänderungen zu Irritationen führen konnten. In allen Fragen des Protokolls und der sich entwickelnden Ritualkultur der SED verhielt sich die Akademie loyal; die Anerkennung der DDR durch den Westen und die Richtigkeit der Politik von Partei- und Staatsführung wurden gebetsmühlenartig als Voraussetzung der Wiedervereinigung intern und nach außen hin vertreten. Die Irritationsmöglichkeiten wurden also minimiert, die vorhersehbaren Konfliktsituationen kanalisiert. So wurde auch eine der Neuerungen der Satzung von 1949, nämlich das Recht aller deutschen Hochschulen und Forschungsorganisationen, neue Mitglieder vorzuschlagen, bereits 1954 gestrichen.⁸

In den fünfziger Jahren entwickelten sich die Vorgespräche zwischen Akademieleitung und der ZK-Abteilung unter Kurt Hagers Leitung über die gemeinsamen Kandidatenlisten zur Routine. Bis 1960 stellt das Präsidium, unter Hinzuziehung einiger *Genossen Akademiestmitglieder*, die Kandidatenliste der Akademie auf, während die Abteilung Wissenschaften unter Heranziehung einiger *Genossen Akademiestmitglieder* die Hager-Liste zusammenstellen, beide mit *Spielmaterial* versehen. Die ZK-Abteilung reagierte also nicht nur wie bis 1949/50 auf die Vorschläge der Akademie, sondern ergriff auch selbst die Initiative. Die beiden Listen sahen in der Regel weitgehend übereinstimmende Kandidatenvorschläge vor: es gab offensichtlich ein Reservoir der *üblichen Verdächtigen* im Lande, und bei Nichtübereinstimmung wurde so lange verhandelt, bis eine gemeinsame Liste verabschiedet werden konnte. Es herrschte dann mitunter eine unerfreuliche *Kuhhandel-Stimmung*. Die ausgeschiedenen Kandidaten kamen in zwei Ablagen: entweder zur *Wiedervorlage* oder *endgültig aus dem Rennen ausgeschieden*.

⁷ Diese Praxis ist u. a. belegt durch Bemerkungen in einem Bericht ohne Überschrift vom 1. Juni 1949, in dem die Herauslösung der Akademie aus dem Zuständigkeitsbereich der Deutschen Verwaltung für Volksbildung gefordert wird, da sich „laufend gewisse Schwierigkeiten“ ergäben, und ein dementsprechender SMAD-Befehl vorgeschlagen und vorformuliert wird. Vgl. AAW, AKL, Akad. (allg.), Grundsätzliches, 662, ohne Paginierung. Da hier Diskretion ausschlaggebend für den Erfolg war, ist die Überlieferung in den zugänglichen Archiven dürftig.

⁸ Die Statuten bzw. Satzungen der Akademie sind am besten zugänglich in: Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 69–207 (für die seit 1945 geltenden S. 150ff.).

Das satzungsgemäße Recht wissenschaftlicher Institutionen Deutschlands, Akademiemitglieder vorzuschlagen, wurde offenbar selten genutzt. So war es ungewöhnlich, als im Herbst 1952 der Dekan der Juristischen Fakultät dem Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin vorschlug, die Stellvertretende Vorsitzende des Obersten Gerichts der DDR, Hilde Benjamin, zum Ordentlichen Mitglied zu nominieren. Die Fakultät hatte Frau Benjamin gerade den Ehrendoktor verliehen, und so unterstützte sie diese Empfehlung des Akademiemitglieds und Nationalpreisträgers Arthur Baumgarten. Baumgarten hätte den Vorschlag offenbar in seiner Klasse nicht durchbringen können, ging daher den Weg über das Vorschlagsrecht der Universitäten. 1952 und 1954 erschien Frau Benjamin auf der Kandidatenliste des ZK, wurde aber in beiden Fällen dort wieder gestrichen.

Bei den Zuwahlen im Januar 1953 kam es trotz der Absprache der Kandidatenliste von 30 neuen Mitgliedern zu einem Eklat: zwei der Kandidaten, der Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski und der Historiker Leo Stern fielen im Plenum durch. Beide waren prominente Mitglieder der SED, hatten eine akademische Ausbildung absolviert, hatten auf ihren Feldern ihre wissenschaftlichen Meriten, beide waren politisch aktiv und an ihrer Loyalität zur DDR bestand kein Zweifel, beide waren im Exil im antifaschistischen Kampf tätig gewesen, Kuczynski in Großbritannien und den USA, Stern in der Sowjetunion. Fred Oelßner, damals Chefideologe der SED, mit deutlich weniger akademischen, aber mehr politischen *credentials* wurde dagegen zum Ordentlichen Mitglied gewählt. Die Erklärung dürfte darin liegen, daß im Januar 1953 in Moskau der *Ärzteprozeß* vorbereitet wurde, ein Schauprozeß gegen führende, nahezu ausnahmslos jüdische Mediziner der Sowjetunion, dessen Zweck und Ziel eine breite antisemitische Stimmungsmache war.⁹ Die Leitung der Ost-Berliner jüdischen Gemeinde war Mitte Januar Hals über Kopf nach West-Berlin geflüchtet. Die Akademie in Ost-Berlin hielt es in ihrer Mehrheit in dieser Situation für klug, sich nicht durch neue Mitglieder zu *belasten*, die zwar schon lange nicht mehr Juden, d. h. Mitglieder der Jüdischen Gemeinde waren, aber rassistischen Kriterien weiterhin genügten. Hier durchbrach also die Moskauer Großwetterlage die detaillierten Berliner Absprachen – ein Einzelfall.¹⁰

Jahrelang reagierte die ZK-Abteilung überhaupt nicht auf westdeutsche Kandidaten auf der Akademieliste. Die Akademie verstand diese fehlende Reaktion als Signal, diese Fälle ruhen zu lassen, und so sind nur 1955 im Zuge einer der *Deutsche an einen Tisch*-Kampagnen einige westdeutsche, sogar ein West-Berliner – der international renommierte Chirurg Erwin Gorbandt – zu Ordentlichen Mitgliedern (OM) gewählt worden. Gorbandt lehnte die Mitgliedschaft allerdings ab, denn er war Leiter einer West-Berliner städtischen Klinik.

⁹ Im Februar 1953 kursierte im damals für die Literaturlenkung tonangebenden *Amt für Literatur und Verlagswesen* eine nach Staaten gegliederte „Liste von Agenten imperialistischer Mächte“. Sie begann mit dem Ungarn Laszlo Rajk und endete – was für parteiinternes Material sehr ungewöhnlich ist – mit der UdSSR und u. a. den Namen der Professoren Kogan, Feldman, Etinger und Grinštejn. Vgl. Gansel, *Parlament des Geistes*, S. 270–272.

¹⁰ Nach Stalins Tod im März 1953 wurde der *Ärzteprozeß* abgesagt. Kuczynski und Stern wurden 1955 in die Akademie gewählt.

In all diesen Jahren wuchsen die Akademieparteigruppen nur langsam. Die Nachwuchsprobleme für die Partei waren derart gravierend, daß Kurt Hager Mitte der fünfziger Jahre entschied, keine möglicherweise schlecht qualifizierten Parteileute in die Akademie zu senden, sondern Akademiemitglieder für die Partei zu gewinnen – eine Strategie, die wenig erfolgreich blieb. Problematisch war auch der Umstand, daß z. B. 1953/54 zwar 16 von 66 aktiven Ordentlichen Mitgliedern Angehörige der SED waren, von denen allerdings nur die Hälfte „aktiv im Sinne unserer Partei am Akademieleben“ teilnahm, während die anderen „wenig als Genossen“ oder „gar nicht als Genossen“ in Erscheinung traten. Die anderen Mitglieder wurden den Kategorien „fortschrittlich sympathisierend“ (fünf), „loyal-sympathisierend“ (fünf), „unbedingt loyal“ (zehn), „sehr kritisch – aber loyal“ (vier) und „vollkommen unpolitisch loyal“ (25) zugeordnet. Vizepräsident Ertel war nach dieser Analyse „entweder ein sehr fortschrittlicher, sehr nahe bei uns stehender Wissenschaftler oder ein geschickt operierender systematisch arbeitender Gegner“.¹¹ Analysen der Mitarbeiterschaft der Institute und Forschungsstellen der Akademie endeten bis 1960/61 abgesehen von wenigen Ausnahmen mit der lapidaren Feststellung, daß von einem Einfluß der Partei nicht gesprochen werden könne.¹²

Aber es gab auch unerwartete Bereicherungen aus West wie Ost: nachdem Max von Laue aus Göttingen nach Berlin zurückgekehrt war und die Leitung des vormaligen Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physikalische Chemie, jetzt Fritz-Haber-Institutes der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin-Zehlendorf, also im amerikanischen Sektor, übernommen hatte, erschien er zur allgemeinen Überraschung ab 1955 zu Akademiesitzungen. Die Deckblätter der Sitzungsprotokolle, auf dem die Namen der Herren abgedruckt waren, „mit deren regelmässiger Anwesenheit“ gerechnet werden konnte, wurden rasch aus dem Verkehr gezogen und neu gedruckt, denn gemäß dem Anciennitätsprinzip stand Max von Laue als Ordentlichem Mitglied seit 1920 die erste Stelle auf diesen Listen zu.

Aus dem Osten kehrten 1955/56 die letzten *Spezialisten* zurück, Naturwissenschaftler, die sich 1945 in die Sowjetunion verpflichtet hatten oder verpflichten mußten. Nach einer *Abkühlungszeit*, in der sie aus den sowjetischen Forschungsprojekten abgezogen wurden, ohne das Land verlassen zu dürfen, so daß ihr Wissen veraltete, kehrten sie nach Deutschland, und zwar in die DDR, zurück. Sie wurden umgehend in die Forschungslandschaft der DDR integriert, zumeist in die Akademie, und zwar oft als Ordentliche Mitglieder oder Institutsdirektoren.¹³ Zu ihnen zählte auch Peter Adolf Thiessen, bis 1945 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrophysik, der als allzu aktives Mitglied der NSDAP und des *Reichsforschungsrates* seine Mitgliedschaft in der Akademie verloren hatte. 1955 wurde er im Plenum begrüßt und in seine alten Rechte wieder einge-

¹¹ SAPMO, ZPA, IV 2/9.04, Bd. 372: Josef Naas, Bericht über die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom Mai 1951, S. 2–3.

¹² Vgl. etwa SAPMO, ZPA, IV, 2/9.04, Bd. 373, Bl. 78–90: Die Lage an der Akademie der Wissenschaften [1954].

¹³ Siehe dazu das Resümee von Jürgen Kocka, Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, Teil B I 2, in diesem Band.

setzt; das Akademieinstitut für Physikalische Chemie wurde ihm unterstellt.¹⁴ Die Spezialisten unterstützten in auffälliger Weise die bereits laufenden Versuche führender Naturwissenschaftler wie Hans Frühauf und Robert Rompe, innerhalb oder bei der Akademie eine der KWG/MPG entsprechende Forschungsinstitution zu errichten, die sich als *Leibniz-Gesellschaft* wiederholt in den Akten findet. Die ungelöste Spannung zwischen der diskutierenden Gelehrtenegesellschaft und den wissenschaftsorganisatorisch und -politisch aktiven Institutsdirektoren unter dem gemeinsamen Etikett Akademie blieb jedoch bestehen.¹⁵

1959 stand der Name des Leipziger Literaturwissenschaftlers Hans Mayer auf der ersten Kandidatenliste Hagers, allerdings mit dem Vermerk: „sehr umstritten“. Der Akademiepräsident sollte diskret eruieren, wie realistisch denn die Chancen Mayers stünden und wandte sich deshalb an Theodor Frings, den unbestrittenen Nestor der Germanistik und Leipziger Kollegen Mayers. Frings sprach sich schroff gegen Mayer aus: „[Mayer] dürfte weniger Forscher als Journalist sein. Im Westen findet er seine internationale Resonanz jedenfalls mehr beim Publikum öffentlicher Vorträge und bei den Journalisten der Tagespresse.“ Frings rechnete damit, daß „die der DAW angehörigen Sächsischen Mitglieder und weitere Mitglieder gegen die Zuwahl stimmen würden“. Damit war der Fall für die DAW begraben und Mayer, der sich zunehmend dem System entfremdete, verließ 1963 die DDR.¹⁶

1961 erkannte der Historiker Fritz Hartung, der nach wie vor in West-Berlin wohnte, angesichts der Stimmen- und Machtverhältnisse in seiner Klasse, daß er die Wahl von Ernst Engelberg, der gerade aus Leipzig kommend zum Direktor des Akademieinstituts für Geschichte berufen worden war, zum Korrespondierenden Mitglied nicht mehr verhindern konnte. Man einigte sich in einem Vorgespräch schließlich darauf, Engelberg und den emeritierten Potsdamer Archivwissenschaftler Otto Meisser, einen Mann alter Schule und Vertrauten Hartungs, gleichzeitig zu Ordentlichen Mitgliedern zu wählen.¹⁷

Zwischen 1958 und 1966 zeigte der Partei- und Staatsapparat der Akademie drei Mal, wie sich die Machtverhältnisse inzwischen entwickelt hatten und daß von Autonomie nicht mehr die Rede sein konnte. Das zu erzielende Ergebnis der Wahl des Nachfolgers von

¹⁴ Thiessens Mitgliedschaft in der Akademie wurde bereits am 21. Oktober 1955 erneuert. Vgl. MPG, NL Thiessen, Kasten 1: Akademiepräsident Walter Friedrich an Peter Adolf Thiessen vom 8. November 1955, zit. nach: Eibl, *Thiessen*, S. 249. Thiessen traf jedoch erst am 5. Dezember 1956 in Berlin ein. Am 13. Dezember 1956 begrüßte der Akademiepräsident Walter Friedrich im Plenum der Akademie „vor Eintritt in die Tagesordnung [...] den aus der Sowjetunion heimgekehrten Hrn. Thiessen“. Vgl. AAW Berlin, P 1/2, Bl. 372: Sitzungsprotokoll des Plenums vom 13. Dezember 1956.

¹⁵ Als Lösung wurde schließlich u. a. der *Forschungsrat* der DDR unter der Leitung Thiessens gebildet. Siehe dazu auch das Resümee von Jürgen Kocka, Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, Teil B I 3, in diesem Band.

¹⁶ Mayer ist erst 1999 zum Ehrenmitglied der BBAW gewählt worden, allerdings sicherlich nicht aufgrund der Wiedervorlage der Kandidatenliste von 1959.

¹⁷ SAPMO, ZPA, IV 2/9.04, Bd. 376, Bl. 262–264: „Gegenwärtiger Stand der Diskussion [über Kandidaten zur Zuwahl in die Akademie]“ vom 27. April 1961.

Akademiepräsident Volmer war einer Akademiedellegation während einer Unterredung bei Ministerpräsident Grotewohl mitgeteilt worden: Der neue Präsident sollte der noch amtierende Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin, der Altphilologe Werner Hartke, werden. Nach der Abstimmung, die angesichts allgemeiner Unklarheit über die gültige Geschäfts- und Wahlordnung kein eindeutiges Ergebnis brachte, eröffnete ein westdeutsches Mitglied die Diskussion über dieses fragwürdige Verfahren. Es kam zum Eklat, Hartke, auf den lediglich die relative Mehrheit der Stimmen gefallen war, verließ die Sitzung. Nur nach dem koordinierten Einsatz dreier hochrangiger Akademiemitglieder, die Hartke baten, das Amt trotz allem anzutreten, konnte ein nichtssagendes konfliktfreies Protokoll der Wahlsitzung geschrieben und der Vorfall geheimgehalten werden.¹⁸ Der fragwürdige Ausschluß von Ernst Bloch nach dem Bau der Mauer 1961 und die statutenwidrige Streichung von Robert Havemann 1966 domestizierten innerhalb weniger Jahre noch einmal beide Klassengruppen, zuerst die Gesellschaftswissenschaftler, danach die Naturwissenschaftler.¹⁹

Die 1958 einsetzende Politik der forcierten Umgestaltung der DDR führte dazu, daß 1960 – nach sieben Jahren Anlaufzeit – eine handlungsfähige *Akademie-Parteileitung* (APL) ihre Arbeit aufnahm. *Genosse Professor* Hartke wurde kooptiert, das Akademiepräsidium schrittweise entmachtet und infolge der Akademiereform 1969/72 zum ausführenden Organ der APL degradiert. Die APL koordinierte nun die Interessen der Akademie mit der Abteilung Wissenschaften des ZK – der Apparat verhandelte also mit dem Apparat. Nach dem Mauerbau veränderte sich zudem die Geschäftsgrundlage für den Wissenschaftsbetrieb: der Westen als Alternative war weggefallen, der Westen als Maßstab aber blieb.

Die Abschottung vom Westen und die anstehende Ablösung der alten, *bürgerlichen Intelligenz* erlaubte nun die Durchsetzung einer neuen Personalpolitik, die aus einem neuen Nachwuchsreservoir schöpfte. Die Nachrückenden, etwa die Jahrgänge 1920 bis 1930, waren in ihrer Sozialisation entscheidend durch HJ, FDJ und SED, auch durch die Arbeiter- und Bauern-Fakultät und die Aspirantur als Nachwuchsförderungsprogramm geprägt. Das heißt, die Personalreserve für Akademieandidaten der nächsten beiden Jahrzehnte entstammte der ersten Generation von Wissenschaftlern, die wenig oder nicht mehr in gesamtdeutsche Strukturen und Erfahrungen eingebunden, sondern von den Praktiken des Kalten Krieges geprägt waren. Das Ausscheiden der *alten Intelligenz* aus Leitungspositionen bedeutete jedoch keine Beendigung der Akademiemitgliedschaft. So drängte Hager die Akademie zur Verjüngung der Mitgliedschaft und der Institutsdirektoren, schlug je-

¹⁸ Das Protokoll im Akademiearchiv enthält keinen Hinweis auf den Konflikt nach der Abstimmung über Hartke; der Entwurf für den Zeitablauf des Tages – der Präsidentenwahl folgte noch eine Festsitzung zum 100jährigen Geburtstag Pencks – wich aber stark von den im Protokoll verzeichneten Terminen ab. Eine Überprüfung des sehr präzisen Parallelprotokolls im Parteiarchiv bestätigte dann den Verdacht, daß die Praxis des akademieinternen Protokolls die Vorgänge eher kaschieren denn dokumentieren sollte. Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/9.04, Bd. 370, Bl. 13–17: Robert Dewey, Vermerk über die Geschäftssitzung des Plenums der DAW am 23. 10. 1958 vom 24. Oktober 1959.

¹⁹ Vgl. dazu das Resümee von Jürgen Kocka, Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, Teil A, in diesem Band.

doch vor, die Alten in möglichst prestigebeladenen, aber einflußlosen Kuratorien unterzubringen, und junge dynamische Wissenschaftler in die Akademie aufzunehmen. Als Akademiemitglieder auf Probe wurden in den sechziger Jahren etwa ein Dutzend *Hospitanten* aufgenommen. Die langsam abtretenden Alten nominierten neben etwas jüngeren Kollegen auch Vertreter der neuen Intelligenz als ihre Nachfolger in der Akademie, und 1964 wurde mit Elisabeth Charlotte Welskopf, einer Althistorikerin und bekannten Schriftstellerin, das erste weibliche Ordentliche Mitglied in die Akademie aufgenommen.

1964 verzögerte sich die Zuwahl von Johannes Erben, dem Theodor Frings sein *Institut für Deutsche Sprache und Literatur* mit etwa 130 Mitarbeitern übergeben wollte, um ein halbes Jahr. Frings war verärgert, Erben verunsichert. Nach einer gemeinsam besuchten Fachkonferenz in Wien erhielt Erben einen Ruf nach Innsbruck. Erben zog nun die Innsbrucker Professur dem unsicher werdenden Direktorenposten in Ost-Berlin vor, und Frings erreichte, daß sein *Kronprinz* mit der Sprachregelung „im Interesse der DAW“ den Ruf nach Innsbruck annehmen konnte, von wo er allerdings bald nach Bonn wechselte.²⁰

Etwa die Hälfte der Akademiemitglieder waren gleichzeitig Direktoren von Akademieinstituten, die andere Hälfte kam mehrheitlich aus den Hochschulen und in geringerem Maße aus der Industrie. Die Akademieinstitute umfaßten ja nicht nur Institute vom Zugschnitt von Max-Planck-Instituten, auch wenn die MPG weiterhin als der Maßstab geglückter Wissenschaftsorganisation galt und die AdW sich als Pendant zur MPG verstand. Akademieinstitute hatten ja auch Aufgaben, die im Westen der Großforschung oder der Fraunhofer-Gesellschaft zugewiesen waren, ganz abgesehen von dem großen Bereich militärrelevanter Forschung in der AdW.²¹

Im Zuge der Akademiereform 1968/73 absorbierte die Akademie auch einige Kompetenzen, die bisher beim *Institut für Gesellschaftswissenschaften* des Zentralkomitees der SED lagen. Dadurch wurde weiteres wissenschaftliches Potential in die Akademie integriert und unter dem Strich die Arbeitsteilung zwischen Parteiinstitutionen und Akademie neu definiert. Von einer Arbeitsteilung zwischen der Kreisleitung der SED in der Akademie und dem Präsidium der Akademie konnte dagegen kaum noch gesprochen werden, da beide Einrichtungen von einem nahezu gleichen Personenkreis bestückt wurden. Die Gespräche über die Entwicklung der Akademie fanden dementsprechend nur noch zwischen unterschiedlichen Abteilungen des Parteiapparats statt. Eine Analyse von 1976 stellte fest, daß die Zuwahlpolitik in den letzten sechs Jahren „zu einer politischen und fachlichen Festigung des Mitgliederbestandes“ geführt habe, was sich besonders an drei Punkten zeige: dem gewachsenen Anteil von Parteimitgliedern, der Anzahl der national und international anerkannten Wissenschaftler, wobei als Indikator der Nationalpreis der DDR genannt wurde, sowie der relativen Zunahme von Akademiemitgliedern, die auf theoretischen und fundamentalen Gebieten tätig waren.²²

²⁰ Vgl. AAW Berlin, AKL, 130, Personalien, Erben.

²¹ Vgl. dazu die Übersicht von 1967 in: SAPMO, ZPA, IV 2/9.04, 383, Bl. 75–84.

²² SAPMO, ZPA, I 2/2025, ohne Paginierung: Büro Hager, Sektor Akademien [?], 14. Januar 1976: Zur Tätigkeit des Plenums und der Klassen der AdW der DDR.



Erich Honecker in der DAW, 25. Mai 1972, v. l. n. r.: Erich Honecker, Hermann Klare und Kurt Hager

Die Wahl Korrespondierender Mitglieder (KM) im Ausland bzw. Auswärtiger Mitglieder (AM) – der seit 1969 für Ausländer vorgesehenen Mitgliederkategorie – hatte in hohem Maße politischen Symbolwert. So stieg die Anzahl sowjetischer Mitglieder von einem KM 1949 auf 44 AM 1989, während sich die Anzahl von Italienern, die vor allem nach 1933 zugewählt worden waren, und Schweden von 1949 je zehn KM auf ein bzw. vier AM reduzierte. Der Anteil westdeutscher einschließlich West-Berliner Ordentlicher und Korrespondierender bzw. ab 1969 Auswärtiger Mitglieder reduzierte sich zwischen 1949 und 1989 um mehr als die Hälfte, von 48 auf 21.²³ Um so symbolischer war z. B. 1986 die Wahl von Friedrich Hirzebruch, dem Direktor des Max-Planck-Instituts für Mathematik in Bonn, und 1989 die von Günter Spur, Professor an der TU Berlin, dort auch Direktor eines Fraunhofer-Instituts sowie Mitglied der Akademie der Wissenschaften zu Berlin, der frisch gegründeten West-Berliner Institution.²⁴

So ist festzuhalten, daß in den 1950er bis 1970er Jahren die Mit- und Einsprache der zuständigen ZK-Abteilung vor der Wahl und die Berufung der Akademiemitglieder durch den Vorsitzenden des Ministerrates ein System gegenseitiger Loyalität zwischen Partei und

²³ Nach Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 162.

²⁴ Zum Verhältnis von AdW der DDR und AWB siehe das Resümee, Teil C, von Jürgen Kocka, Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther sowie die Beiträge von Wolfram Fischer und Hubert Laitko in diesem Band.

Staat einerseits und Akademiemitgliedern andererseits konstituierte und konsolidierte. Die Akademie hatte in diesen Jahrzehnten in bislang unerreichtem Ausmaß staatliche Aufgaben übernommen, und damit waren sie und ihre Mitglieder an die staatlichen Spielregeln und die letztlich durch die SED-Führung vorgegebenen Richtlinien gebunden. In diesem anfangs unübersichtlichen, später regulierten Wechselspiel der Regelungsmechanismen entstanden zuerst unterschiedliche Absprachekonstellationen, bis schließlich die symbiotische Kooperation zwischen der Kreisleitung der SED in der AdW und der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED ein reibungsfreies System der Kaderentwicklung garantierte. Nach einer kurzen Phase weitgehend autonomer Zuwahlpolitik 1945/48 folgte in einer langen Phase der Kohabitation die Praxis einer aushandelbaren Personalpolitik, die schließlich von einer ausgefeilten Kaderpolitik mit ihren eigenen Ausgrenzungsregeln abgelöst wurde. Von akademischer Autonomie im klassischen liberalen Sinne konnte kaum mehr die Rede sein, denn lediglich innerhalb dieser engen und zunehmend einengenden Spielregeln war Bewegungsfreiheit möglich. Jedoch wäre es verfehlt, die Norm akademischer Autonomie als Voraussetzung funktionierender wissenschaftlicher Institutionen überzubetonen und analog dazu Hagers ZK-Abteilung als vornehmlich inkompetentes Gremium zu verdammern. Denn der Zusammenhang zwischen zentralisierter parteilicher Personalsteuerung der Wissenschaftslandschaft der DDR und den weiterhin existierenden *old boys' networks* der Wissenschaftler konnte die wissenschaftliche Schlagkraft der Akademie, ihrer Klassen und ihrer Institute ebenso befördern wie behindern. Hier steckte wie üblich der Teufel im Detail, so daß auch hier nicht der Platz ist, mit einem Pauschalurteil zu enden.

Literatur

- Eibl, Christina: *Der Physikochemiker Peter Adolf Thiessen als Wissenschaftsorganisator (1899–1990)*. Eine biographische Studie, Diss., Stuttgart 1998.
- Gansel, Carsten: *Parlament des Geistes*. Literatur zwischen Hoffnung und Repression 1945–1961, Berlin 1996.
- Hartkopf, Werner/Gert Wangermann (Hrsg.): *Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990* (= Berliner Studien zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 1), Berlin – Heidelberg – New York 1991.
- Scheler, Werner: *Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR*. Abriss der Genese und Transformation der Akademie, Berlin 2000.
- Storost, Jürgen: *Romanistik an der Akademie der Wissenschaften in Berlin*, (im Druck).
- Tent, James F.: *Freie Universität Berlin 1948–1988*. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen, Berlin 1988.